

Stabilisierungshilfen an Landkreise

Bei den Stabilisierungshilfen an Landkreise wird der **negativen demografischen Entwicklung** in den **letzten zehn Jahren** vor dem Jahr der Antragstellung besonders Rechnung getragen. **Stabilisierungshilfen** dienen als staatliche **Hilfe zur Selbsthilfe**. Die Einhaltung eines stringenten Konsolidierungskurses einschließlich der Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist in diesem Zusammenhang unerlässlich. Die **Beurteilung des Konsolidierungskurses** erfolgt nach **bayernweit einheitlichen Maßstäben**. Durch **eigene Konsolidierung** im Haushalt und der **Gewährung von Stabilisierungshilfen** soll der Landkreis durch eine nachhaltige Verringerung der **Zins- und Tilgungsleistungen** wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume erlangen.

Bei einer entsprechenden Bedarfslage kann ein **individuell festzusetzender begrenzter Anteil**¹ einer Stabilisierungshilfe auch **für dringende investive Bedarfe** im Bereich der kommunalen Grundausstattung (z. B. Schulbereich, Kreisstraßen/ Brücken, Krankenhausbereich) verwendet werden, soweit ein kommunaler Eigenanteil zur Finanzierung verbleibt.. Dies gilt auch für die Förderung der Breitbandinfrastruktur und Investitionen nach den Richtlinien zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Bayern (KIn-vFR). Bis zu 5.000 € des gewährten Investivanteils dürfen außerhalb der o. g. Bereiche verwendet werden.

Schwerpunkt der Mittelverwendung bleibt die **Schuldentilgung**. Der Konsolidierungskurs, in dessen Rahmen grundsätzlich nur unerlässliche Investitionen im Pflichtaufgabenbereich bzw. im rentierlichen Bereich angegangen werden können, ist von den Empfängerkommunen stringent weiter zu führen.

Zugangsvoraussetzungen:

- Folgende drei Voraussetzungen müssen vorliegen:

1. Strukturelle Härte

und

2. Finanzielle Härte

und

3. Nachweis eines nachhaltigen Konsolidierungswillens.

- **Zur strukturellen Härte:**

Vorliegen eines überdurchschnittlichen Einwohnerrückgangs (i.d.R. mind. 5 %) in den letzten 10 Jahren vor dem Jahr der Antragstellung

- **Zur finanziellen Härte:**

Bestehende besondere Haushaltsschwierigkeiten des Landkreises. Es ist eine **dezierte Begründung** des Antragstellers zur aktuellen Finanzlage und zur **finanziellen Härte** erforderlich. Dabei ist u. a. auf die Entwicklung der freien Finanzspannen, Verschuldung und Rücklagen bzw. der liquiden Mittel einzugehen.

- **Zum nachhaltigen Konsolidierungswillen:**

- **Erarbeitung und Umsetzung** eines Haushaltskonsolidierungskonzepts nach den Erfordernissen beim Pilotprojekt „Struktur- und Konsolidierungshilfen“ (analog des 10-Punkte-Katalog für Gemeinden/Städte und Tabellarische Übersicht zum Haushaltskonsolidierungskonzept).
- **Die Erstellung und Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzepts obliegt dem antragstellenden Landkreis** und ist vom Kreistag zu beschließen.
- Sofern im Rahmen der örtlichen oder überörtlichen Rechnungsprüfung Einspar- oder Einnahmepotentiale festgestellt werden, sind diese in das Haushaltskonsolidierungskonzept einzuarbeiten.

¹ Ein entsprechender Anteil wird im Rahmen der Verteilerausschusssitzung festgelegt.

- Falls im Zeitpunkt der **erstmaligen** Antragstellung noch kein abschließendes Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden konnte, ist ein **Beschluss des Kreistages** mit einer **Absichtserklärung** zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts nach dem 10-Punkte-Katalog erforderlich. **Zudem** ist der schon **erarbeitete Teil des Haushaltskonsolidierungskonzepts**, in dem die **aktuellen und** ggf. in der Vergangenheit (max. fünf Jahre zurückliegend) bereits beschlossenen Umsetzungen dargestellt werden, einzureichen.
- Nur in **begründeten Ausnahmefällen** genügt bei **erstmaliger** Antragstellung ein **Beschluss** des Kreistages mit einer entsprechenden **Absichtserklärung** zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts.

Beschränkung des Bewilligungszeitraums:

- Die Gewährung von Stabilisierungshilfen ist auf einen Zeitraum von grundsätzlich max. fünf Jahren begrenzt.
- Ab dem 6. Antragsjahr ist für eine weitere Bewilligung einer Stabilisierungshilfe das Vorliegen eines besonderen Bedarfs erforderlich.
- Kriterium für das Vorliegen eines besonderen Bedarfs:
 - Gesamtverschuldung des Landkreises zum 31. Dezember des Jahres vor Antragstellung (im Antragsjahr 2019: 31. Dezember 2018) beträgt mindestens 150 % des zuletzt veröffentlichten Landesdurchschnitts und
 - das Verhältnis von Kreditaufnahmen zur ordentlichen Tilgung für das Antragsjahr oder alternativ der fünf dem Antragsjahr vorangegangenen Jahre (für das Antragsjahr 2019: 2014 bis 2018) beträgt maximal 100 %.

Sofern das genannte Kriterium nicht erfüllt wird:

Begründung des Landkreises, warum aus finanzieller Sicht mehr als fünf Raten Stabilisierungshilfe beantragt werden, sowie wann die finanzielle Leistungsfähigkeit erreicht werden soll.

Verfahren und Ausgestaltung:

- Stabilisierungshilfen werden nur auf Antrag gewährt. Die bereitgestellten Antragsformulare enthalten die relevanten Berechnungen und ermöglichen, sofern sie zutreffend ausgefüllt werden, eine erste Einschätzung der Erfolgsaussichten.
- Die Bewilligung der Stabilisierungshilfe erfolgt in Form einer verbleibenden Zuweisung oder in Form einer rückzahlbaren Überbrückungsbeihilfe (sofern z. B. noch Unterlagen vorzulegen sind oder der vorhandene Konsolidierungswille noch nicht ausreichend nachgewiesen wurde).
- Die Höhe der Stabilisierungshilfen richtet sich in einer bayernweiten Gesamtschau nach mehreren multikausalen Faktoren, wie z. B. Sondertilgungsmöglichkeiten, Haushaltsgröße, notwendige Investitionen im Pflichtaufgabenbereich, Ausprägung des Konsolidierungswillens. Aufgrund der unterschiedlichen Tilgungsmöglichkeiten von Darlehen kann es im Vergleich zu den Vorjahresbewilligungen auch zu größeren Abweichungen kommen.

Ob eine Stabilisierungshilfe gewährt werden kann und wie hoch diese ausfällt, wird jedes Jahr im Rahmen des Verteilerausschusses neu entschieden.